

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Mandy Eißing, Nicole Gohlke, Dr. Michael Arndt, Jorrit Bosch, Anne-Mieke Bremer, Maik Brückner, Kathrin Gebel, Christian Görke, Ates Gürpinar, Mareike Hermeier, Maren Kaminski, Cansin Köktürk, Ina Latendorf, Sonja Lemke, Stella Merendino, Sören Pellmann, Heidi Reichinnek, Zada Salihović, David Schliesing, Evelyn Schötz, Julia-Christina Stange, Donata Vogtschmidt, Sarah Vollath und der Fraktion Die Linke

Digitalisierung und Teilhabe älterer Menschen in Deutschland

Die Digitalisierung durchdringt zunehmend alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens – von der öffentlichen Verwaltung über Gesundheitsversorgung und Mobilität bis hin zu sozialer Teilhabe, politischer Information und Alltagskommunikation. Für viele ältere Menschen eröffnet dies neue Möglichkeiten der Teilhabe, der Selbstständigkeit und der sozialen Vernetzung. Gleichzeitig zeigen zahlreiche Studien, dass ein erheblicher Teil der älteren Bevölkerung von dieser Entwicklung nur eingeschränkt oder gar nicht profitiert. Eine aktuelle Studie des Branchenverbands Bitkom kommt zu dem Ergebnis, dass etwa die Hälfte der Menschen über 80 nie das Internet nutzt (www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/279162/f8cd5d6a0bbe8c5cbbb3521043b0764a/bitkom-studie-digitalisierung-senioren-data.pdf).

Der D21-Digital-Index 2024/2025 (https://initiated21.de/uploads/03_Studien-Publikationen/D21-Digital-Index/2024-25/D21DigitalIndex_2024-2025.pdf) weist darauf hin, dass insbesondere Menschen ab etwa 70 Jahren weiterhin deutlich unterdurchschnittlich an der digitalen Gesellschaft teilhaben. Ein erheblicher Anteil dieser Altersgruppe nutzt digitale Anwendungen nur sehr eingeschränkt oder gar nicht. Die Studie zeigt zudem ausgeprägte Unterschiede nach Bildungsgrad, Einkommen und Geschlecht. Digitale Exklusion ist demnach eng mit sozialen Ungleichheiten verknüpft und betrifft überdurchschnittlich häufig Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen, geringen Einkommen sowie Frauen im höheren Lebensalter.

Auch die SIM-Studie 2024 (SIM = Senior*innen, Information, Medien; https://mpfs.de/app/uploads/2025/05/SIM_2024_PDF_barrierearm.pdf) verdeutlicht, dass fehlende digitale Teilhabe älterer Menschen häufig nicht auf mangelndes Interesse zurückzuführen ist. Vielmehr werden strukturelle Barrieren benannt, darunter hohe Anforderungen an Vorkenntnisse, mangelnde Verständlichkeit digitaler Angebote, Sicherheitsbedenken, Kosten für Endgeräte und Internetzugang sowie fehlende niedrigschwellige Unterstützungsangebote.

Die Studie „Leben ohne Internet – geht’s noch?“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO; www.bagso.de/fileadmin/user_upload/bagso/06_Veroeffentlichungen/2022/Ergebnisbericht_Leben_ohne_Internet_gehts_noch.pdf) kommt zu dem Ergebnis, dass der Verzicht auf Internetnutzung im höheren Lebensalter vielfach nicht freiwillig erfolgt. Vielmehr be-

richten die Betroffenen von Ausschlusserfahrungen, etwa beim Zugang zu Informationen, Dienstleistungen oder sozialen Kontakten. Mit der fortschreitenden Digitalisierung öffentlicher und privater Dienstleistungen besteht die Gefahr, dass sich diese Ausschlüsse weiter verstärken.

Vor diesem Hintergrund kommt der Bundesregierung eine besondere Verantwortung zu. Sie gestaltet mit ihrer Digitalstrategie, ihrer Engagementstrategie, ihren Gleichstellungszielen sowie über Förderprogramme, Forschungsaufträge und Modellprojekte die Rahmenbedingungen digitaler Teilhabe maßgeblich mit. Dazu gehört auch die Aufgabe, soziale Ungleichheiten im Zugang zu digitalen Technologien zu erkennen, abzubauen und eine altersgerechte, barrierefreie und niedrigschwellige Ausgestaltung digitaler Angebote sicherzustellen. Von zentraler Bedeutung ist dabei auch die Frage, inwieweit ältere Menschen selbst systematisch in die Entwicklung, Erprobung und Bewertung digitaler Anwendungen und Strategien einbezogen werden. Die Fragestellenden erbitten die Darstellung der erfragten Daten möglichst direkt, ohne Verlinkungen und Querverweise.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur digitalen Nutzung älterer Menschen vor (bitte nach Altersgruppen ab 60 Jahren, Geschlecht, Bildungsabschluss und Einkommensgruppen differenzieren, soweit möglich)?
2. Auf welche regelmäßig erhobenen Datensätze, Studien oder Erhebungen stützt sich die Bundesregierung bei der Bewertung der digitalen Teilhabe älterer Menschen?
3. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zum Anteil älterer Menschen vor, die digitale Angebote nicht nutzen, obwohl sie dies grundsätzlich möchten?
4. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zu geschlechterspezifischen Unterschieden bei der digitalen Nutzung im höheren Lebensalter vor?
5. Welche Rolle spielen nach Kenntnis der Bundesregierung Bildungsgrad, frühere Erwerbsbiografien und Einkommenslagen für die digitale Teilhabe im Alter?
6. Welche Zusammenhänge sieht die Bundesregierung zwischen Altersarmut beziehungsweise niedrigen Einkommen und eingeschränktem digitalen Zugang?
7. Welche zentralen Barrieren für die digitale Teilhabe älterer Menschen identifiziert die Bundesregierung (z. B. Kosten, fehlende Endgeräte, mangelnde Barrierefreiheit, Komplexität digitaler Anwendungen, Sicherheitsbedenken oder fehlende Unterstützungsangebote)?
8. Welche Anforderungen an die Niedrigschwelligkeit legt die Bundesregierung bei von ihr geförderten Programmen und Projekten zur digitalen Teilhabe älterer Menschen zugrunde?
9. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass digitale Angebote und Anwendungen, die im Rahmen von Bundesprogrammen gefördert werden, barrierefrei ausgestaltet sind, und wie wird dies überprüft?
10. Welche aktuellen Programme, Modellprojekte oder Fördermaßnahmen des Bundes zielen explizit auf die Förderung digitaler Teilhabe älterer Menschen ab?

11. Welche finanziellen Mittel wurden seit 2020 für diese Programme bereitgestellt (bitte nach Programmen und Jahren aufschlüsseln)?
12. Welche Evaluierungen oder wissenschaftlichen Begleitungen liegen zu diesen Programmen vor, und mit welchen zentralen Ergebnissen?
13. In welcher Form werden ältere Menschen selbst in die Konzeption, Weiterentwicklung oder Evaluation digitaler Programme und Anwendungen des Bundes einbezogen?
14. In welcher Form unterstützt die Bundesregierung Kommunen bei der Förderung digitaler Teilhabe älterer Menschen, etwa durch Förderprogramme, Beratungsangebote oder Vernetzungsstrukturen?
15. Welche Rolle spielen nach Kenntnis der Bundesregierung Mehrgenerationenhäuser, Seniorenorganisationen, Wohlfahrtsverbände und zivilgesellschaftliche Träger bei der Umsetzung bundesgeförderter Maßnahmen zur digitalen Teilhabe älterer Menschen?
16. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur regionalen Verfügbarkeit niedrigschwelliger digitaler Unterstützungsangebote für ältere Menschen vor?
17. Plant die Bundesregierung, die Datenlage sowie bestehende Förder- und Unterstützungsstrukturen zur digitalen Teilhabe älterer Menschen weiterzuentwickeln, und wenn ja, in welcher Form?
18. Wie viele „Erfahrungsorte“ wurden bislang im Rahmen des Digitalpakts Alter gefördert, und mit welchen Förderbeträgen und Förderleistungen (z. B. Schulungen, Materialien, Vernetzungsleistungen) pro Erfahrungsort?
19. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den DigitalPakt Alter über Ende 2025 hinaus fortzuführen und weiterzuentwickeln?
20. Wie bewertet die Bundesregierung die Kooperation zwischen Bund, Ländern, zivilgesellschaftlichen Akteuren und Kommunen im Rahmen des Digitalpakts Alter, und welche Herausforderungen sieht sie dabei?
21. Welche Veränderungen in den Nutzungsquoten, Kompetenzniveaus oder Unterstützungsbedarfen älterer Menschen lassen sich nach Kenntnis der Bundesregierung seit Einführung des Digitalpakts Alter empirisch nachweisen?
22. Welche Empfehlungen aus der wissenschaftlichen Evaluation der ersten 150 „Erfahrungsorte“ im Rahmen des Digitalpakts Alter (Institut für Informationsmanagement Bremen [ifib] 2022) wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bislang umgesetzt, und welche nicht (bitte jeweils begründen und nach Maßnahmen aufschlüsseln)?
23. Welchen Umsetzungsstand hat die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigte altersübergreifende digitale Kompetenzoffensive, insbesondere im Hinblick auf Angebote für ältere Menschen (bitte Zeitplan, beteiligte Ressorts und bereitgestellte Haushaltsmittel angeben)?
24. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass Menschen ohne Zugang zu Internet oder internetfähigen Endgeräten, insbesondere ältere Menschen, auch künftig gleichberechtigt Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen des Bundes oder Leistungen, die von der öffentlichen Hand in Erfüllung öffentlicher Aufgaben oder im öffentlichen Auftrag erbracht werden (z. B.

durch Vor-Ort-Angebote, telefonische Verfahren, schriftliche Antragstellung), erhalten?

Berlin, den 28. Januar 2026

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Fraktion